

Brennnessel

Bündnis 90 / Die Grünen Salzkotten

politisch, parteiisch

Landtagswahl 2010

AM 9. MAI MEHR GRÜN MÖGLICH MACHEN Für eine ökologisch-soziale Politik

NRW wird schlecht regiert. Den notwendigen Aufbruch hin zur grünen industriellen Revolution gibt es mit Schwarz-Gelb nicht. Fehlanzeige beim Klimaschutz, in der Wirtschafts- und Energiepolitik, bei Umwelt, Bauen und Verkehr. Stattdessen setzen CDU und FDP auf Atom und Kohle, würgen Solar- und Windenergie ab.

Innovative Schulentwicklung hin zu längerem gemeinsamen Lernen wird blockiert. Durch das konzeptionslos eingeführte Turbo-Abi ist der Bildungsaufstieg noch schwerer; Studiengebühren schrecken junge Menschen vom Studium ab; Lehrstellen für Jugendliche ohne Abitur werden noch knapper.

CDU und FDP haben die Kommunen so geschöpft, dass eine nach der anderen vor der Pleite steht und handlungsunfähig wird.

Die Folgen dieser Politik sind verheerend und passen so gar nicht zu den landesväterlichen Sonntagsreden von Jürgen Rüttgers: Die Wirtschaft droht ihre Zukunftsfähigkeit zu verlieren, das Bildungssystem steckt im Mittelmaß fest, die soziale Spaltung nimmt dramatisch zu.

All das wollen wir Grünen ändern! Die Zeit für Grüne Ideen ist gekommen. Wir können das gemeinsam schaffen – mit unserem Grünen Zukunftsplan für NRW –, wenn Sie uns dabei unterstützen.

DAMIT SICH WAS ÄNDERT.

MACHT MEHR MÖGLICH



Das längere gemeinsame Lernen kommt!

SIGRID BEER MDL, BILDUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN

Es gibt längst eine Bewegung für das längere gemeinsame Lernen in NRW. Der Grüne Schulentwicklungsplan setzt genau da an.

Schulen wollen anders werden

LehrerInnen mit pädagogischen „Visionen“ und konkreten Konzepten wollen endlich loslegen. Jüngst haben mehr als 1000 Grundschulleitungen dazu öffentlich Stellung genommen, dass sie ihre Kinder nicht so früh sortieren wollen. Die drei ev. Landeskirchen wollen ihre Schulen ermutigen und zum längeren gemeinsamen Lernen entwickeln. Die Sozialverbände, der Kinderschutzbund, Gewerkschaften, etliche Eltern- und Lehrerverbände plädieren dafür, eine konsequente individuelle Förderung mit dem Lernen in sozialer Gemeinschaft zu verbinden. Es ist wichtig zu lernen, miteinander in unserer Demokratie zu leben und sie aktiv zu gestalten. Der Bildungserfolg darf zudem nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Chancengleichheit, ein gutes Lernklima und exzellente Leistungen, das geht zusammen! Wer wirklich individuell fördert, der muss Kinder im Alter von acht bis neun Jahren nicht in Schulformschubladen sortieren!



Sigrid Beer
protestiert gegen das Turbo Abitur

Das Schulwahlverhalten der Eltern hat sich verändert.

Die Eltern wissen: Wenn ihre Kinder nur den sozialen Status halten wollen, den sie als Eltern erreicht haben, bräuchten sie für den gleichen Beruf heute eine andere/höhere Berechtigungskarte, sprich Schulabschluss. Viele Eltern wollen, dass die Schullaufbahn länger offen gehalten wird. Eltern erleben den erhöhten Druck bei Kindern im Turbo-Gymnasium und wissen nicht, wie ihre Kinder damit auf Dauer klar kommen. Die Schulen, die nur einen SEK I- Abschluss bieten, haben keine dauer-

hafte Chance in der Schullandschaft. Neben dem massiven demografischen Schülerrückgang verliert schon jetzt auch die Schulform Realschule deswegen landesweit SchülerInnen. Ganz zu schweigen von der Hauptschuloffensive der Landesregierung, die trotz des Engagements der Kolleginnen nicht erfolgreich sein konnte. Im Schuljahr 2008/2009 waren bereits von den 663 Hauptschulen in NRW, 452 bestandsgefährdet (weniger als 48 SchülerInnen im 5. Schuljahr).

Schule als Standortfaktor in den Kommunen

Die Kommunen haben längst begriffen, dass die Schule am Ort ein knallharter Standortfaktor ist und beste Bildung für alle Kinder und hochwertige Abschlüsse bieten muss. Es gibt allein 38 Initiativen in kreisfreien Städten und Kreisen für neue Gesamtschulen mit Ganztags in NRW. Wieder haben im letzten Anmeldeverfahren landesweit fast 14000 SchülerInnen keinen Gesamtschulplatz erhalten. Da liegen die Anmeldeüberhänge in Paderborn genau im Trend. Es gibt nicht nur den Bedarf für eine dritte Gesamtschule in Paderborn. Salzkotten bietet sich als zusätzlicher Kreisstandort an und würde es mehr Salzkottener Kindern und Jugendlichen ermöglichen, zu höherwertigen Abschlüssen zu kommen. Die CDU in Stadt und Kreis Paderborn hat das Thema zu lange von sich weggeschoben und Eltern vor den Kopf gestoßen, die auch in diesem Jahr wieder keinen Gesamtschulplatz erhalten konnten.

UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert uns auf, das Recht der Kinder auf ein inklusives Schulsystem, ein System, das nicht mehr aussondert, endlich umzusetzen. Auch hier hat die Landesregierung wertvolle Zeit verstreichen lassen. Wir brauchen einen verbindlichen Inklusionsplan, der den Schulen verlässlich ausreichende Ressourcen zur Verfügung stellt, damit die Umsetzung beginnen kann. Der Inklusionsauftrag geht an alle Schulen! Es ist eine Schande, dass Eltern immer noch um einen Platz im gemeinsamen Unterricht, vor allem in der Sekundarstufe I kämpfen und ggf. mit der UN-Konvention im Rücken klagen müssen. Wir fordern die Kommunen und Kreise auf, die Schulentwicklungs-, Jugendhilfe- und Sozialplanung zu bündeln und im Gespräch mit den Eltern die Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts umzusetzen. Die Grünen werden auf der Landesebene für die notwendige Unterstützung mit dem Inklusionsplan sorgen.

Die Genehmigungsblockade bei Gesamtschulen werden wir auflösen und die Ganztagsgenehmigungen werden wieder erteilt.

Schulentwicklung in Salzkotten

Landesregierung blockiert

WOLFGANG DEHLINGER

Seit 6 Monaten bin ich Mitglied des Rates unserer Stadt. Und in dieser kurzen Zeit konnte ich schon drei Mal erleben, wie durch Erlasse der CDU/FDP-Landesregierung die Entwicklung unserer Schulen vor Ort behindert wird. Manchmal stöhnen sogar CDU-Ratsleute.

Am 9. Februar tagte der Schulausschuss unserer Stadt und beriet unter anderem über die Erweiterung des Ganztagsangebotes an der Liboriusgrundschule. Wir Grünen fordern hier schon seit mehreren Jahren, einen Zug unserer großen Liboriusgrundschule in einen echten Ganztagszug umzuwandeln. Auf diese Weise könnten wir für unsere OGS-Kinder die von allen SchulforscherInnen bestätigten Vorteile der echten Ganztagschule nutzen, während in den anderen Grundschulklassen weiterhin die gewohnte Halbtagschule stattfinden kann.

Dies allerdings scheitert – wie die Leiterin unserer Liboriusgrundschule Frau Tuschen in der Sitzung richtig darstellte – an der Vorgabe der derzeitigen Landesregierung, dass ein Ganztagszug an einer Schule nicht ebenso gefördert wird, wie eine komplette Ganztagsgrundschule.

In derselben Sitzung wurde unter TOP 6 über die Besetzung der Schulleiterstelle an unserer Hauptschule in Salzkotten gesprochen. Die CDU/FDP-Landesregierung hat im Jahr 2006 verfügt, dass wir als Kommune nur noch mit beratender Stimme an der Auswahl von SchulleiterInnen teilnehmen dürfen – und dies, obwohl wir als Kommune Schulträger sind. Wir könnten also als Stadtrat beraten, welches Profil uns für unsere Schulen wichtig ist. Wir dürfen aber nicht bei der Auswahl der Schulleitung eine Person auswählen, die uns für die Umsetzung dieses Profils sinnvoll erscheint. Genau dies brauchen wir aber, wenn wir in den kommenden Jahren über die Zukunft unserer Schulen nachdenken.

Sowohl Ratsmitglieder der CDU als auch der FDP haben in der Sitzung betont, dass sie mit dieser Regelung der CDU/FDP-Landesregierung nicht einverstanden sind. Wir haben ihnen daraufhin einen Antrag auf Mitgliedschaft bei den Grünen angeboten.

Schon im vergangenen November stand die Schulentwicklungsplanung auf der Tagesordnung des Schulausschusses. In dem vorgestellten Gutachten des Büro Dr. Garbe Consult wurde neben ver-

schiedenen Punkten deutlich, dass es für Salzkotten überlegenswert ist, eine Gesamtschule zu gründen. Sie könnte neben einer 2-zügigen Realschule stehen und unter anderem die Erreichung des Abiturs in Salzkotten ermöglichen. Bei den Beratungen wiesen 2 Mitglieder der CDU darauf hin, dass eine Erörterung dieser Möglichkeit erst sinnvoll ist, wenn die Landtagswahlen Klarheit darüber gebracht haben, welche Schulpolitik in den nächsten Jahren gilt. Sie spielen dabei darauf an, dass die derzeitige CDU/FDP-Landesregierung Neugründungen von Gesamtschulen als Ganztagschulen – und nur eine solche ist sinnvoll – verbietet.



Die Äußerungen unserer Ratsmitglieder von CDU und FDP lassen mich hoffen, dass bei ihnen die Offenheit für eine sinnvolle Schulpolitik gewachsen ist. Entsetzt war ich aber über die Dankesrede, die Frau Westerhorstmann kurz nach ihrer klaren Wahl zur CDU-Landtagskandidatin hielt: „Wir wollen keine rot-grüne Einheitsschule“, sagte sie. Mit dem politischen Kampfbegriff „Einheitsschule“ hetzt Frau Westerhorstmann z.B. gegen die auch in Salzkotten beliebte Gesamtschule in Elsen.

Wie die Mitglieder unserer Ortsunion bei der Wahl von Frau Westerhorstmann abgestimmt haben, weiß ich nicht. Wenn wir allerdings nach der Wahl wirklich mit verschiedenen Optionen über die Schulentwicklungsplanung in Salzkotten diskutieren wollen, darf Frau Westerhorstmann und ihre jetzige CDU/FDP-Landesregierung nicht mehr an der Macht sein.

Dr. Harald Grünau

Wahlkreiskandidat für den Kreis Paderborn



HARALD GRÜNAU

Meine Themen: „Klassisch Grün“

Umwelt- und Naturschutz einerseits sowie – auch Dank meines Berufs – Landwirtschaft andererseits, dafür stehe ich. Mit diesem Themen möchte ich mich als Grüner Abgeordneter auch in der Landespolitik engagieren – sie kann es gebrauchen! Der ungehemmte Flächenverbrauch und der rasant zunehmende Schwund von Tier- und Pflanzenarten in NRW müssen gestoppt werden und aus Gewässern müssen wieder naturnahe Lebensräume entstehen. Für unseren Kreis bietet der Nationalpark Senne-Eggegebirge Chancen für Natur und Tourismuswirtschaft, die wir uns nicht entgehen lassen dürfen. Und nicht zuletzt gehört zum Umweltschutz auch Lärmschutz. Die Tudorfer Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass ihre Nachtruhe nicht immer weiter durch Fluglärm beeinträchtigt wird.

Wir brauchen heute eine Renaissance Grüner Agrarpolitik, das heißt gesunde Lebensmittel und eine Existenzsicherung für bäuerliche Familienbetriebe. Subventionen müssen unmittelbar an eine umwelt- und sozialverträglichen Bewirtschaftung ge-

Über mich

48 Jahre, geboren und aufgewachsen in Nordhessen, seit 1994 im Kreis Paderborn.

Mit meiner fünfköpfigen Familie und einer ständig wechselnden Zahl an Tieren lebe und arbeite ich in der eigenen Tierarztpraxis auf einem alten, traditionsreichen Hof in Delbrück-Lipling.

Seit über 12 Jahren grüne Kommunalpolitik: zuerst im Delbrücker Stadtrat, dann seit 2004 im Kreistag Paderborn in den Bereichen Gesundheit und Soziales und – natürlich – Natur und Umwelt.

Durch Beruf und Politik habe ich den Kreis Paderborn und seine Menschen kennen und lieben gelernt – für sie will ich mich auch in Düsseldorf einsetzen.

koppelt werden. Neben der Förderung biologischer und regionaler Landwirtschaft sind die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern auszubauen. Gentechnik hat auf NRWs Äckern nichts verloren.

Als Tierarzt ist mir Tierschutz eine Herzensangelegenheit. Ob Massentierhaltung oder Tierversuche, ob Katzenelend, Exotenhaltung oder Qualzuchten - hier muss dringend mehr unternommen werden, auch auf gesetzlicher Ebene. Daran arbeite ich.

Was ist eigentlich der „Green New Deal“?

Anglizismen sind eigentlich nicht meine Sache. Aber hier ist ein echtes Markenzeichen geschaffen worden: Green New Deal steht für uns Grüne für den etwas angestaubten Begriff von der Aussöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie. Als Reaktion auf die noch immer andauernde Weltwirtschafts- und -finanzkrise muss der Staat investieren und Investitionen fördern. Entscheidendes Kriterium ist für uns Grüne dabei allerdings die Nachhaltigkeit – dass Gegenteil also zur Abwrackprämie. Wir wollen investieren in Klimaschutz und erneuerbare Energien, in Bildung und Gesundheit.



Für den landesweit als Energieregion bekannten Kreis Paderborn ist das mit großartigen Entwicklungsmöglichkeiten verbunden. Tausende von Altbauten warten auf ihre energetische Sanierung, für Paderborn und die Mittelzentren wie zum Beispiel Salzkotten bietet sich der verstärkte Ausbau von

Kraft-Wärmekopplung an und unsere guten alten Windenergieanlagen können durch Repowering noch leistungsfähiger gemacht werden. Neue Windparks wollen wir nicht gegen den Willen der betroffenen Menschen einrichten (die Missachtung des BürgerInnenwillens überlassen wir der Atomindustrie...) aber wir werden weiterhin politisch dafür werben, denn: Ohne den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien werden wir die selbstgesteckten Klimaschutzziele nicht erreichen können.

Das zweite Grüne Megathema: Bildung

Zu wenig AbiturientInnen, zu viele SchulabbrecherInnen und immer noch stärkere Belastungen für die SchülerInnen – Reformen im Schulbereich sind dringend überfällig. Unser Angebot ist die Schule der Vielfalt, das Gegenteil der so oft als Horrorversion propagierten Einheitsschule. Kinder sollen durch optimale individuelle Förderung ihr eigenes Leistungspotential abrufen können, anstatt schon mit 8 bis 9 Jahren in starre Schulformen gepresst zu werden, die sich hinterher nur allzu oft als die falschen heraus stellen und aus denen es ohne Gesichtsverlust kein Entrinnen mehr gibt.

Auch im Kreis Paderborn sollen Eltern selbst über die beste Schule für ihr Kind bestimmen können. Über 150 Kinder jährlich (!) können Jahr für Jahr nicht auf ihre Wunschschule gehen, weil sie von den Gesamtschulen der Kreisstadt wegen Platzgründen abgewiesen werden müssen. Das ist ein Skandal. Die Grünen setzen sich seit Jahren im Kreistag für eine weitere Gesamtschule im Kreisgebiet ein. Salzkotten wäre dafür ein geeigneter Standort.



Harald Grünau
vor einer Biogasanlage in Delbrück

Kommunale Finanzen stärken!

ANNE BIRKELBACH

Wenn sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker zur Haushaltsklausur verabreden, dann geht es normalerweise auch darum, welche Projekte die Stadt mit ihren freien Haushaltsmitteln angehen soll. In den Haushaltsdebatten wird dann darum gestritten, welche Projekte für sinnvoll erachtet werden. Darin drückt sich das in der Verfassung verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung aus. Dieses Recht ist derzeit nur noch eine leere Hülle – es sind in den allermeisten Kommunen keine freien Mittel vorhanden.



Die Kommunen in NRW stehen vor einer dramatischen Finanzsituation, und das nicht nur in strukturschwachen Gebieten, sondern mittlerweile landesweit. Nicht nur infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch aufgrund zum Beispiel der noch zu erwartenden Steuersenkungen der neuen Bundesregierung in Milliardenhöhe wird es ab 2010 für die Kommunen in NRW zu drastischen Einnahmeeinbrüchen sowie zu Mehrausgaben durch gestiegene Soziallasten kommen.

Auch die Stadt Salzkotten ist betroffen. Noch geht es uns ein wenig besser als manch anderer Kommune, aber auch über uns schwebt das Damokles-Schwert der Haushaltssicherung, wenn unsere

Ausgaben weiter steigen. In einer Haushaltssicherung ist eine Kommune gehalten, die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ für Einrichtungen wie Bücherei, Schwimmbad oder Familienpass zu kürzen oder sogar zu streichen. Der beschlossene Neubau des Hallenbades wurde mit Hinweis auf die finanzielle Situation auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, selbst die günstigere Variante der grundlegenden Renovierung wurde abgelehnt – auch wenn allen klar ist, dass bei technischem Versagen des derzeitigen Hallenbades eine Gewährleistung des Schwimmunterrichts schwierig bis unmöglich wird.

CDU und FDP in NRW haben als Landesregierung den Städten und Gemeinden eine Vielzahl zusätzlicher Lasten aufgebürdet und ihnen gleichzeitig Geld in gigantischer Höhe vorenthalten. Wenn Jürgen Rüttgers sagt, er stimme keinen Steuersenkungen zu, die zu Schwimmbadschließungen führen, dann sollte er diesen Satz mal in Salzkotten wiederholen. Alles in allem stellt das Land die Kommunen Jahr für Jahr um mindestens etwa 1,5 Milliarden Euro schlechter, als dies vor Regierungsantritt von CDU und FDP der Fall war. Bei einem Gesamtvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes von etwa 7,5 Milliarden Euro sind dies immerhin 20 Prozent. Selbst Bundesmittel, die für die Kommunen bestimmt sind, werden von Rüttgers nur teilweise weitergeleitet.

Dabei kommt in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise gerade der kommunalen Daseinsvorsorge ein besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleistungen und Hilfen für Menschen, die von der Krise betroffen sind. Besonders große Bedeutung haben soziale Leistungen für Langzeitarbeitslose, die Leistungen der Integration, der Bildung und der Betreuung von Kindern.

Die Kommunen müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen zu können, ohne sich durch die laufenden Kosten zusätzlich zu verschulden. Außerdem müssen sie einen finanziellen Spielraum haben, um ihre eigene Situation zu verbessern.

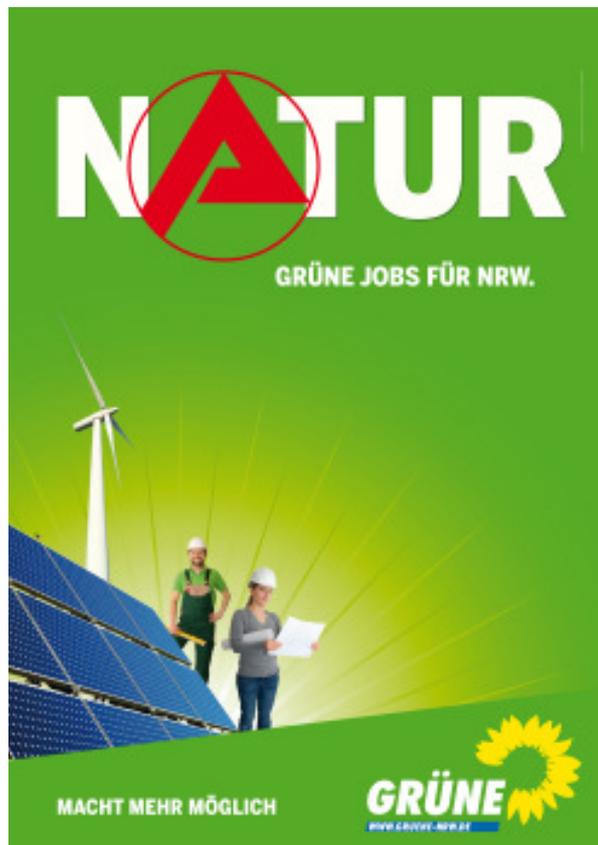
Anstatt den Kommunen die Möglichkeit zu geben, durch kreative Ideen die eigene Haushaltssituation zu verbessern, wird ihnen fast jede Möglichkeit durch ein wirklichkeitsfernes Haushaltsrecht genommen. Das Gesetz, das den Kommunen eigene Einnahmemöglichkeiten nahezu vollständig verbietet, muss dringend zurückgenommen werden.

Dinosauriertechnologien oder grüne industrielle Revolution

JÜRGEN KEMPER

Die Landtagswahl in NRW ist auch eine Richtungs-
wahl in Sachen Energiepolitik. Wir stehen am ener-
giepolitischen Scheideweg: Wird weiter auf Dino-
sauriertechnologien wie Atomkraft und Kohle ge-
setzt – oder konsequent auf erneuerbare
Energien umgestiegen? Die Absichten der CDU-
/FDP-Regierung laufen darauf hinaus, den Auslauf-
modellen Atomenergie und Kohle eine Zukunftsba-
sis schaffen, die weder Energie- noch umweltpoli-
tisch verantwortlich ist.

Für die Atomkraft gilt: Sicher ist nur das Risiko!
Und wie es um eine sichere Endlagerung steht,
kann man aktuell am Atommülllager Asse sehen.
Aber auch Kohlekraftwerke bringen uns massive
Probleme. Stein- und Braunkohle sind die klima-
schädlichsten Energieträger um Strom zu erzeugen.
Trotzdem planen die großen Energiekonzerne in
Deutschland den massiven Neubau von Kohlekraft-
werken. Sollten diese geplanten Kraftwerksprojekte
realisiert werden, würden Jahr für Jahr zusätzlich
185 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen
werden – mehr als der gesamte deutsche Verkehrs-
sektor (inkl. Flugverkehr) während eines Jahres aus-
stößt. Durch den Bau von Großkraftwerken wird
die eine antiquierte, teure und klimaschädliche
Stromproduktion auf Jahrzehnte festgeschrieben.



Ein Ausbau der erneuerbaren Energien wäre blo-
ckiert und somit auch die Schaffung von zukunfts-
fähigen Arbeitsplätzen.

Wir Grüne sind die Klima- und Umweltpartei.
Wir wollen die grüne industrielle Revolution in
Gang setzen und damit 200.000 zukunftsfähige Ar-
beitsplätze schaffen.

100.000 allein durch die energetische Gebäu-
desanierung. Das ist machbar, wenn man nur will!
Wir wollen das Klima schützen. Mit Sonne und
Wind, mit Einsparung und Effizienz aber ohne Koh-
le und Atom. Die nächsten fünf, die nächsten zehn
Jahre sind entscheidend, um in NRW mit dieser in-
dustriellen Revolution zu beginnen.

Für die von CDU/CSU und FDP geplante Lauf-
zeitverlängerung der Atomkraftwerke ist die Zu-
stimmung des Bundesrates bei der Änderung des
Atomgesetzes notwendig.

Daher wird die Wahl am 9. Mai in NRW auch
eine Abstimmung über die Zukunft der Atomkraft
in Deutschland werden. Denn ohne die Stimmen
der Atomkraftbefürworter CDU und FDP wird die
Bundesregierung nicht mehr die notwendige Mehr-
heit in der Länderkammer besitzen und eine Verlän-
gerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist ge-
stoppt.

12 Gründe für Grün

1. Wir ermöglichen 200.000 neue Jobs durch gezielte Investitionen in Klimaschutz, Umweltwirtschaft, Bildung, Gesundheit und den sozialen Arbeitsmarkt.
2. Wir wollen konsequenten Klimaschutz durch eine echte Energiewende - ohne Atom, ohne neue Kohlekraftwerke.
3. Wir wollen den Ausstieg aus dem Atomausstieg stoppen, weil Atomkraft nicht beherrschbar und die Endlagerung des Atommülls nicht geklärt ist.
4. Wir setzen uns für gerechte und leistungsstarke Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen aller Kinder ein.
5. Wir schaffen Studiengebühren ab und verbessern die Studienbedingungen.
6. Wir sind für mehr und bessere Kitas, für die Elternbeiträge perspektivisch wegfallen.
7. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, gegen Armut und für Mindestlöhne.
8. Wir wollen Mensch und Umwelt schützen. Wir stoppen Gentechnik, kämpfen für Artenvielfalt, Tierschutz, sauberes Wasser sowie saubere Luft und stärken Verbraucherrechte.
9. Wir starten eine Ausbauoffensive für Busse und Bahnen und wollen überall in NRW das Sozialticket einführen.
10. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Frauenquoten in Aufsichtsräten und Parlamenten.
11. Wir stehen für Demokratie und Mitbestimmung, kämpfen gegen Überwachungskameras und Online-Durchsuchungen.
12. Wir wollen handlungsfähige Städte und Gemeinden - durch einen Altschuldenfonds, verlässliche Einnahmen und weniger Lasten.

Wichtiges zum Schluss:

Das komplette Wahlprogramm und weitere Informationen gibt es auf der Internetseite der Landespartei (www.gruene-nrw.de). Dort gibt es das Programm auch in leichter Sprache sowie auf Türkisch und Russisch.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Impressum

Auflage 4500
Bündnis 90/Die Grünen
OV Salzkotten

ViSdP

Carsten Birkelbach 05258/980108
Tempelweg 3f info@gruene-salzkotten.de
33154 Salzkotten <http://gruene-salzkotten.de>

Redaktion

Sigrid Beer
Carsten Birkelbach
Anne Birkelbach
Wolfgang Dehlinger
Harald Grünau
Jürgen Kemper

Bildnachweis

Titelbild www.pixelio.de
Harald Grünau Fotostudio Adil Faitout,
Bielefeld
Sigrid Beer Horst Schulze-Stiehler